

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Tageblatt Riess,  
Groszstr. 20,  
Postfach 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Groszstein, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riess, des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Ries 1530  
Verleger:  
Riess Nr. 22.

Nr. 801.

Montag, 29. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bezahlter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Argübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegeranstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Heftung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riess. Geschäftskasse: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riess; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riess.

## Wendung in der Politik?

qu. Die Haltung des Reichsinnenministers Dr. Brüning in drei prägnanten Fällen bildet im Augenblick Gegenstand einer lebhaften Diskussion. Zunächst hat er erst für den Film „Im Westen nichts Neues“ pläbierend, ein Gutachten gegen den Film geben lassen. Sodann hat er in Bezug auf den Vergleich in der Thüringer Streitfrage herbeigeführt und schließlich hat er sich von der von ihm mitbewanderten Monatschrift „Die Republik“ zurückgezogen. Drei aufeinanderfolgende Handlungen, die eine Abkehr von der bisherigen Einstellung erkennen lassen! Mit Recht fragt man deshalb: Was geht vor? Die Antwort wird leichtfertig gegeben: Es bereite sich eine Umstellung nach rechts vor. Tatsächlich — und hier folgen wir eigenen Informationen — bahnt sich immer stärker die große Koalition nach rechts, die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Regierung an. Es sind starke Kräfte am Werke, die die bisherige Unklarheit, die bisherige Diskontinuität der Sozialdemokraten abzulehnen und nach einer festen und sicheren Regierungsmehrheit zu suchen.

Möglich, daß die Ausprägung, die Hitler mit Führern der Industrie hatte, hier einen Anteil haben, aber in der Hauptsache ist es wohl die eigene Erkenntnis der Parteien, die darin drängt, daß die Regierung Brüning eine breite Basis sucht und sich dem sozialdemokratischen Druck entzieht. Die Entscheidungen Brüning können tatsächlich als ein Umschwenk gewertet werden. Nur ist zu bedenken, daß der Kanzler selbst einer Veränderung der jetzigen Verhältnisse Widerstand entgegensetzt. Brüning rechnet bereits mit dem Umschwenk, Brüning ist konsequenter und versucht an seinem einmal eingenommenen Standpunkt festzuhalten. Er hat bekanntlich einmal erklärt, ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten käme für ihn nicht in Frage. Er weiß wohl auch, daß nicht nur eine Erweiterung der Regierung, sondern eine Umgestaltung der Regierung in Frage kommt und mag sich aus diesem Grunde noch nicht bereit finden, sich dem Drängen der Parteien, dem Drängen höherer Stellen, dem Druck der führenden Industrie und Landwirtschaft zu fügen. So ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die Frage akut wird, ob die Regierung der Parteien mit oder ohne Brüning gebildet werden soll. Man wird zugeben, daß der jetzige Zustand für die Dauer unhaltbar ist. Denn die Regierung kann die nächsten Aufgaben keineswegs allein durch Rotverordnungen in Kraft setzen und sie kann noch weniger sich auf die Sozialdemokraten stützen, die immer stärker zur Opposition neigen und eines Tages ihre Unterstützung versagen werden. Dagegen erscheint es heute bereits als sicher, daß die Nationalsozialisten sich einstellen und — nach dem Beispiel von Thüringen und Braunschweig — mitregieren und den Notwendigkeiten entsprechen werden. Sie haben wiederholt erklärt und erklären lassen, sie hätten nicht daran, Theorien zu verfechten, die unsere Verhältnisse verschärfen könnten. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit hat sich die Ansicht verbreitet, die Nationalsozialisten würden eine brauchbare Regierungspartei sein, die mit den bürgerlichen Parteien in der Abwehr des Marxismus einen Weg gehen und den Erfordernissen der Zeit in weitestem Maße Rechnung tragen würden.

Es erscheint, nach unseren Informationen, nur eine Frage kurzer Zeit, dann wird die große Mehrheit der Parteien vorhanden sein. Sie wird einschließen die Deutsche Volkspartei als linken Flügel und gegen sich lediglich drei Parteien, die Staatspartei, die Sozialdemokraten und die Kommunisten sein. Aber man muß damit rechnen, daß eine neue Regierung an die Stelle der jetzigen kommt, eine Regierung, in der die Nationalsozialisten lediglich auf das Innenministerium Wert legen, während die anderen Sitze unter den anderen Parteien verteilt werden. Das bisher ablehnende Verhalten des Zentrums ist, wie man aus der Haltung Brüning erkennen kann, langsam umzustimmen. Das Zentrum wird nach und nach rechts orientiert. Was an sich nicht überraschen darf, da der rechte Flügel im Zentrum überwiegt.

Man ist beim Reichsinnenminister Konjunkturschmerz vorgeordnet worden. Indessen muß man sich erinnern, daß Dr. Brüning früher bereits eine wesentliche Schwächung vollaufen hat. Er stand früher ausgesprochen links. Er stand teilweise sogar in Opposition zu seiner eigenen Partei, so daß sie ihn nicht einmal mehr als Kandidaten aufstellen wollte. Aus einer Regierung, die mehr rechts eingestellt war, wurde es gedrängt. Seine jetzige Haltung beweist, daß er sich in der politischen Wandlung befindet und, wie Freunde behaupten, diese Wandlung unter dem Eindruck der Verhältnisse und der Erkenntnis vollzieht, der Volkmeinung mühe entgegenzusetzen werden.

Es geht selbstverständlich, wenn sich der Durchbruch nach rechts vollzieht, um die Volkmeinung. Niemand wird ablehnen, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes eine Veränderung der Politik wünscht und daß sie sich auf die Seite der Nationalsozialisten mit der Forderung gestellt hat, den sozialdemokratischen Einfluß zu unterbinden.

Werden die künftigen Regierungsparteien auch vielfältig sein, so weisen sie ein gemeinsames Ziel auf, das sie zusammenhalten kann: Den Kampf gegen Links. Auf die bürgerlichen Parteien wird es ankommen, wie weit sie sich von den Nationalsozialisten führen lassen. Daß diese die Führung antreiben, steht außer Zweifel. Sie haben aber andererseits bereits zu erkennen gegeben, daß sie auch mit anderen Parteien gemeinsame Ziele verfolgen können. Wenn sie in Braunschweig und Thüringen immer wieder an erster Stelle genannt werden, so ist das auf ihre Präzedenz und auf die anhaltende Zustimmung ihrer Anhänger zurückzuführen.

## Der Reichszentraler zum Jahresende.

### Nütige Reformen unter dem Druck der Not.

BR. Berlin, 27. Dez. Reichszentraler Dr. Brüning hat dem Herausgeber der „Wohlfahrts-Korrespondenz“ eine Zuschrift zugesandt, in der es heißt:

Auch dieses Jahres Ende trifft das deutsche Volk bei der Erkenntnis, daß es schwere Monate durchzumachen hat. Die Weltwirtschaftskrise, die alle Staaten erfasst hat, trifft es nach den Entbehrungen der Kriegs- und Inflationsjahre besonders hart. Aber mutiger Wille, Selbstkritik und Bereitschaft zum gemeinsamen Tragen können und werden uns helfen. Wenn wir die schlimmsten Seiten benutzen, um

Mißbräuche abzustellen, die sich in unser gesellschaftliches, soziales und politisches Leben eingeschlichen hatten, wenn wir nötige Reformen heute unter dem Druck der Not kraftvoll vorantreiben, dann ziehen wir die rechten Lehren. Und wenn wir jetzt, wo ein gemeinsames Schicksal die enge Verbundenheit aller Schichten und Stände deutlich beweist, und als ein Volk fühlen lernen, dann werden zugleich die weltlichen Kräfte lebendig, die die besten Bürgen einer glücklichen Zukunft sind.

## Blutige Unruhen in Bombay. — Zahlreiche Verletzte.

Bombay, 29. Dezember.

Der Präsident und vier Mitglieder der verbotenen nationalsozialistischen Organisation „Kriegsrat“ wurden verhaftet, als sie trotz dem polizeilichen Verbot versuchten, eine feierliche Begrüßung der indischen Nationalflagge in Szene zu setzen. Die Polizei ging unter Anwendung ihrer Bauschäfte gegen die Menge vor und trieb sie auseinander. Nach Abzug der Polizei führte die Menge die Zeremonie des Flaggenaufstiegs zu Ende. Später kam es vor dem Polizeigericht zu größeren Zusammenkünften. Die Demonstranten bewarfen das Polizeigericht mit Steinen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, ehe es den Polizeibeamten gelang, den Platz zu räumen. Während der Krawalle sind in zwei Krankenhäusern insgesamt 200 Personen verbunden worden, von denen 150 festgenommen wurden. Acht Polizeibeamte, darunter zwei Wachtmeister, erlitten leichtere Verletzungen.

## Neue Skizze in Marokko

Doha, 30. Dezember.

Wieder wird von einer militärischen Aktion Frankreichs in Marokko berichtet. Aus Colomb-Bechar wird berichtet,

daß eine nicht unterworfenen marokkanische Abteilung, die über 200 Gewehre verfügte, von Tassilt aus einen Einfall auf algerisches Gebiet unternommen und am 24. Dezember gegen Abend den Lagerplatz unterworfenen Eingeborener angegriffen habe. Die Marokkaner hätten den Hauptling und drei weitere Eingeborene getötet und hundert Kamelle weggeführt. Daraufhin hätte eine französische mobile Abteilung und eine Fliegerstaffel die Verfolgung der marokkanischen Abteilung aufgenommen. Die französischen Flieger nahmen die Eingeborenen unter Maschinengewehrfeuer. Am 25. Dezember kam es zu einem heftigen Kampf, der bis zum Einbruch der Nacht dauerte. Die verfolgte Eingeborenenabteilung zog in der Dunkelheit unter Zurücklassung eines Teiles ihrer Beute und zahlreicher Toten ab, wurde am 26. Dezember von zwei ausgehenden französischen Fliegerstaffeln wiederum bombardiert, erlitt schwere Verluste, konnte jedoch abermals im Schutze der Dunkelheit fliehen. Die Verluste auf französischer Seite sollen sich auf vier getötete Eingeborene Ketter und zwei Verletzte belaufen, während man bei dem Gegner fünfzehn Tote und eine große Anzahl Verletzte festgestellt haben will.

## Oberschlesiens Presse protestiert

Deutsch (Oberschlesien), 29. Dezember.

Die ober-schlesischen Zeitungen befaßten sich ausführlich mit dem Interdium, das der polnische Außenminister Jalecki einem Mitarbeiter des Pariser „Matin“ gewährt hat und in dem er sich in einer gegen Deutschland gerichteten aggressiven Form über die Zwischenfälle bei den ostoberschlesischen Wahlen äußerte.

Die „Ostdeutsche Morgenpost“ bemerkt zu der von polnischer Seite in Szene gesetzten Pressepropaganda in Paris, es wäre ein aussichtsloses Beginnen, der Wahrheit in Paris zum Siege zu verhelfen. Von deutscher Seite müßte aber trotzdem den Lügen energisch entgegengetreten werden. Die deutsche Regierung sollte kein Minister-Interdium der Gegenseite ohne Antwort lassen und sollte jeder Lüge die Wahrheit mit Entschiedenheit entgegensetzen. Ehrenpflicht der deutschen Presse müßte es sein, das eigene Volk und das Ausland bestimmend über die bevorstehende Lagung in Genf aufzuklären. Das alles sei notwendig, damit der deutschen Delegation in Genf der Boden nicht unter den Füßen fortgeschoben und der deutschen Minderheit und dem ganzen Minderheitenschutz nicht neuer Schaden zugefügt werde.

lungen zurückzuführen. Die dort mitregierenden Parteien würden nicht bei der Stange bleiben, wenn sie ganz machtlos wären. Aus dieser Erkenntnis wächst langsam die große Regierung im Reich, der, und das ist beachtlich, wahrscheinlich eine gleichgestimmte Regierung in Preußen folgen dürfte.

## Marshall Joffre schwer erkrankt.

Paris. Nach einem Krankheitsbericht, der im Laufe des gestrigen Nachmittags auszugehen wurde, nimmt der Schweregrad des Marshall Joffre zu. Eine zweite Operation, von der man im Laufe des gestrigen Abends gesprochen hatte, ist nicht ausgeführt worden.

## Curtius' schwere Prüfung.

BR. Berlin. Der diesmaligen Völkerbundssitzung wird nicht nur deshalb mit großer Spannung entzogen gesehen, weil hier endlich die Entscheidung über alle deutschen Anklagen gegen Polen erfolgen soll, sondern auch deshalb, weil der Außenminister zu beweisen hat, ob er einer aktiven und festen Politik gewachsen ist. Man hört jetzt bereits, Curtius werde versagen und aus seinem Amt gehen. Die Konsequenzen wären fassen. Diese Vorfreude ist lediglich von Parteirückfällen diktiert. Wie wir hören, ist nämlich selbst für den Fall, daß Curtius große Erfolge beibringen sollte, mit seinem Verbleiben im Amt nicht zu rechnen, da sich inzwischen eine Umgestaltung der Regierung ergeben dürfte, in der für den Außenminister kein Platz sein wird.